

Bezugspreis: Vierteljahr 30.- M., monatlich 10.- M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die abgetippten Anzeigen ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Donnerstag, den 21. Juli 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Frankreich bleibt halsstarrig.

Paris, 20. Juli. (Havas.) Der britische Geschäftsträger hat heute nachmittag ...

Paris, 21. Juli. (W.B.) Zur englischen Note in Sachen eines Zusammentritts des Obersten Rates ...

Die französische Note

Es soll bereits gestern Abend an den französischen Botschafter in London abgegangen sein ...

Paris, 21. Juli. (E.F.) Der „New York Herald“ erwidert in der englischen Note ...

Wie Briand arbeitet.

Frankreich stützt sich in seiner Forderung nach Truppenverstärkungen ...

Nach der „Morning Post“ wird in der Mitteilung der alliierten Kommissare ...

Die französische Presse.

In der französischen Presse steht die oberschlesische Frage weiter im Vordergrund ...

des, was sich in Oberschlesien abspielte. Die Aufschiebung der Tagung des Obersten Rates ...

Und Italien!

Es ist auffällig, daß Italien sich in diesem englisch-französischen Duell neutral verhält ...

Auf eine kleine Konsequenz der französischen Aufer nach Truppenverstärkungen sei hingewiesen ...

Unfruchtbare Summen.

London, 21. Juli. (E.F.) Der belgische Finanzminister weist gegenwärtig in London ...

Washington, 21. Juli. (E.F.) Es wurde im Senat mitgeteilt, daß die Schuld der Alliierten ...

Noch immer die Leipziger Urteile.

London, 21. Juli. (Reuter.) Ungefähr 70 Unterhausmitglieder haben eine Resolution unterzeichnet ...

Gegen die Journalistenverhaftungen in Budapest. Die Wiener Journalistenverbände ...

Familienversicherung.

Aus dem Verband der Krankenkassen Groß-Berlins wird uns geschrieben:

Einem dringenden Bedürfnis namentlich der minderbemittelten Volksschichten ist der Ruf nach Einführung der Familienversicherung ...

Wenn die Einführung der Familienversicherung zum 1. Juli noch nicht möglich war ...

Während der bisher gepflogenen Verhandlungen verlangten die Ärzte zunächst die Regelung der Bezahlungsfrage ...

- 1. in Form eines Zuschlages zum allgemeinen Pauschal für alle Versicherten, 2. als Zuschlag zum Pauschal für alle Mitglieder ...

Wegen der Verschiedenheit in der Zusammensetzung des Mitgliederbestandes der einzelnen Kassen ...

Da die Kassenvorstände sich ganz entschieden gegen jedes Experimentieren verschließen ...

Als Begründung für diese wohlverwogene Ansicht kann ins Feld geführt werden ...

Außerdem handelt es sich fast ausschließlich um Kassen, die ein festes Verhältnis in ihrem Mitgliederbestand haben ...

Orts- oder Landkrankenpflege ihre Arbeitgeber, deren Zahl in die Tausende geht, nicht zur Ausmahlung derartiger Feststellungen erlauben oder gar zwingen kann, ist selbstverständlich.

Es wurde also den Ärzten ein Pauschal für den Fall im Höchstfall auf 15 Mk. ohne und auf 20 Mk. mit freier Arzneigewährung belassen. Die Differenzierung wird deshalb als nötig erachtet, weil bei Arzneigewährung zweifellos die Arbeitsbelastung der Ärzte eine bedeutend höhere wird, als bei Wegfall dieser Forderung. Ob überhaupt Arzneigewährung gegeben werden kann oder soll, darüber sollten die Ärzte keinen müßigen Streit führen, denn diese Frage wird lediglich von den Kassensitzungen zu erörtern sein; sie kann sich nur nach dem Stand der Kassenfinanzen regeln.

Dah die Kassen diese Frage sehr reiflich erwägen müssen, erhellt aus einem kleinen Beispiel:

Angenommen, es führt eine Kasse sofort mit der Familienversicherung freie Arzneigewährung ein, dann wäre die Inanspruchnahme der Ärzte nicht nach einer niedrigen, sondern nach einer Hochfrequenz vorhanden. Folge: entsprechende Mehrausgabe von Konsumtions- und gesteigerte Zahlungen zur Abgeltung des Fallpauschals. Wünscht weiter ein Familienmitglied ein Bad, oder ein noch billigeres Medikament, dann hat die Kasse nicht nur den Preis desselben an den Lieferanten zu zahlen, sondern muß dazu noch den Preis für den Bon rechnen, so daß der Gesamtpreis für das Bad oder Medikament sich um das 10- bis 20fache verteuert. Wenn die Kassen die Garantie hätten, daß alle Berechtigten von sozialem Geist befeelt, alle Ärzte forreht bis zum 1-Punkt wären, — diese Garantie kann aber niemand geben oder tragen — auch dann könnten sie einen Sprung ins Ungewisse nicht machen. Warnungen davor liegen nicht nur aus Kreisen der Versicherten, sondern auch aus den Reihen der Ärzte in stätlicher Anzahl vor.

Unsere Berliner Kassenärzte wissen es genau, daß die Gewährung freier Arznei- und Heilmittel den Kassen ohne nennenswerte Erhöhung der Beiträge unmöglich ist. Bekannt ist ihnen ferner, daß eine Beitragserhöhung ohne gesonderte Zustimmung seitens der Arbeitgebervertreter in den Betrieben und Ausschüssen nicht durchführbar ist und letzten Endes dürfte es einem jeden bekannt sein, daß die gesamte Arbeitgebererschaft Groß-Berlins einer Beitragserhöhung für die Krankenkassen schroff ablehnend gegenüber steht.

Das sind im enghesetzten Rahmen die nackten Tatsachen, mit denen nicht nur die Kassenvorstände, sondern auch die Versicherten zu rechnen haben. Man darf wohl annehmen, daß die Berliner Arbeitnehmererschaft intelligent genug ist, um nach Prüfung dieser Darlegungen zu entscheiden, wo ihren berechtigten Wünschen Rechnung getragen werden soll und wo man aus Berufsgewalt unbedingte vorläufige Hoffnungen erweckt. An der Zeit ist es, daß die Sache endlich einen energischen Aufschwung vorwärts kommt und dazu müssen die Versicherten selbst beitragen. In allen Betrieben muß das Wie und Weshalb erörtert werden, damit den Kassenvorständen seitens der Versicherten der Rückhalt geboten wird, auf den sie nicht verzichten können und wollen. Fest steht die Tatsache, daß die Einführung der Familienversicherung kommt. Wenn nicht mit dem Bund der Ärzte, dann gegen ihn. Hoffen wir, daß auch diesmal noch eine Einigung gefunden wird, die es beiden Teilen wieder ermöglicht, mit einander praktische Sozialhygiene zu treiben!

Frankreich und die Regierung Wirth.

Der Reichkanzler Dr. Wirth hatte mit einem Vertreter der amerikanischen „United Press“ eine Unterredung, in der er nach den Mitteilungen des Berichterstatters klar erkennen ließ, daß sein Finanzprogramm gefährdet sei und der Sturz des Kabinetts drohe, wenn die Regierung in den Fragen Oberschlesiens und der Aufhebung der San-

tionen mit leeren Händen komme. Er sagte, daß die neue Briand's über Oberschlesien für ihn ein Schlag ins Gesicht sei, und daß er daran zweifeln müsse, ob Frankreich wirklich wüßte, mit Deutschland zu einer Verständigung zu gelangen. Köme er als Ausgleich für die Opfer, die er fordere, nichts bringen, dann würde der Reichstag sein Finanzprogramm niemals billigen und dann sei sein Kabinett lebensunfähig.

Die Ankündigungen des Reichkanzlers eröffnen für das Reich sehr dunkle Ausichten. Denn wenn alle Bemühungen der deutschen Regierung, ruhige Verhältnisse in der auswärtigen Politik zu schaffen, an der ewigen Konflikt-Listernheit Frankreichs scheiterten, so wäre eine Fortsetzung der Politik Wirths durch eine neue Regierung, sei sie wie immer zusammengesetzt, unmöglich, und der reaktionäre Nationalismus gewänne die Oberhand. Dann müßten die vernünftigen Menschen in Europa eine Zeitlang mit gebundenen Händen zusehen, wie die deutschen und die französischen Nationalisten die schwierigen Verhältnisse zu meistern versuchen. Und dann wäre bei der gegebenen Kraftverteilung das Schicksal Deutschlands besiegelt, wenn nicht andere Mächte den Ausschweifungen des französischen Imperialismus entgegenträten — selbst auf die Gefahr eines neuen Krieges hin.

Zu einem solchen Eintreten für Deutschland besteht aber keine Stimmung, sie würde noch weniger vorhanden sein, wenn Deutschland wieder unter der Herrschaft der schwarz-weiß-roten Reaktion stände. Es bleibt also von den beiden Möglichkeiten nur eine, nämlich die, daß Deutschland dann das völlig mehrlose Opfer des französischen Imperialismus würde. Und das ist es ja auch, was der französische Imperialismus letzten Endes will.

Die deutschnationalen Propaganda geht hereinwärts mit der Verleumdung haustieren, die gegenwärtige deutsche Regierung sei eine „Regierung von Gnaden Frankreichs“. In Wirklichkeit liegt die Ungnade Frankreichs so schwer auf ihr, daß ihre Existenz dadurch gefährdet wird. Nur jene Franzosen, die keine ins Endlose fortgesetzte Katastrophopolitik wollen, stehen dem Kabinett Wirths sympathisch gegenüber, ebenso wie die gleichgesinnten Deutschen, Engländer usw. Die anderen werden an dem Tag, an dem das Kabinett Wirth zusammenbricht, ein Triumphgeheul ausstoßen. Denn die Politik des Kabinetts Wirth hat ihre Anschläge auf das Ruhrgebiet vorläufig vereitelt, die Durchführung ihrer Pläne in Oberschlesien zum mindesten arg erschwert, die Stellung Frankreichs in den neubeleagerten Gebieten erschüttert. Sie werden den Tag segnen, an dem die deutschnationalen Desperados obenaufliegen, denn er schafft ihnen freie Bahn.

Die Deutschnationalen lägen, wenn sie sagen, das Kabinett Wirths lebe von Gnaden Frankreichs, und sie zeigen sich damit sehr undankbar. Denn in Wahrheit ist der französische Imperialismus ihr härtester Feind. Ohne ihn hätten sie sich aus ihrer verdienten Verschlechterung nicht erheben, und sie können in Deutschland niemals wieder zur Herrschaft gelangen außer durch ihn. Sie sind seine Bundesgenossen auf dem Wege zu einer neuen Krise Europas und zu Deutschlands völligem Untergang.

Die Wahl des Reichspräsidenten.

Unter der Ueberschrift „Sie lieben!“ richtet der deutsch-nationale Reichstagsabgeordnete Wulle einen pöbelhaften Angriff auf den Reichspräsidenten. Er schreibt:

Auch Herr Ebert bleibt. An ihm sind alle Kennzeichen, alle Veränderungen im deutschen Volkspass vorübergegangen. Er muß, wie es in dem verurteilten Rundschreiben des Herrn Reichsmüller (gemeint ist Genosse Hermann Müller-Franken, Red. d. „N.“) an die Genossen vom Juni 1920 heißt, die sozialistischen Interessen in der Regierung wahrnehmen. Er ist also der Vertrauensmann der Sozialdemokraten. Auch ein Grund, Reichspräsident zu bleiben. Menschlich geht alles um diese Frage herum, und doch dreht sie Millionen Deutschen auf der Seele. Darum verlangen wir Volksentscheid. Das Volk soll endlich von dem ihm zugehenden verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch machen, soll darüber befinden, ob

der Vertrauensmann der Sozialdemokratie weiter Präsident des Deutschen Reiches bleiben soll.

Würde Herr Wulle sein doppeltes Amt als Reichstagsabgeordneter und Zeitungsredakteur mit einiger Gewissenhaftigkeit ausüben, so wäre ihm bekannt, daß der Reichspräsident wiederholt auf Ansetzung der Volkswahl gedrängt hat. Regierung und Reichstag haben jedoch die Unmöglichkeit erkannt, diese Wahl jetzt schon vorzunehmen, da der Reichspräsident laut Artikel 41 der Verfassung vom ganzen deutschen Volk gewählt wird, die Beteiligung des ober-schlesischen Volksteils an der Wahl aber noch nicht möglich ist.

Entweder also hat Herr Wulle von den Dingen, über die er schreibt, keine Ahnung, dann verleumdet er leichtfertig, oder aber er kennt sie und behauptet das Gegenteil, dann verleumdet er bewußt. Auf alle Fälle ist dieser deutsch-nationale Wulle eine ganz besondere Zierde des Reichstags.

Ein Kronprinz mit dem „Dolch von hinten“.

Durch die Blätter gehen jetzt Mitteilungen über eine ausführliche geheime Denkschrift des früheren Kronprinzen Rupprecht von Bayern, die vom 19. Juli 1917 datiert und an den damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Hertling gerichtet ist. Sie ist von großer Bedeutung deswegen, weil hier aus dem Munde eines Mannes, den man doch weder Sozialist noch vaterlandslos schimpfen kann, die Wahrheiten ausgesprochen werden, durch deren Nichtbeachtung der Zusammenbruch herbeigeführt wurde. Der vormalige bayerische Kronprinz legt in seiner Denkschrift auseinander, warum an der Westfront zugunsten Deutschlands Erfolge nicht mehr zu erwarten und warum auf eine durchgreifende Wirkung des U-Boot-Krieges nicht mehr zu rechnen sei. Er vertritt die sinnlosen Bombenangriffe auf London, mit denen nur das Gegenteil von dem Gewollten erreicht werde. Er verlangt einen vollständigen Friedensschluß mit Rußland und rät, vor dem vollen Einsatz der amerikanischen Hilfskräfte, vor deren Unterschätzung er warnt, mit den Gegnern Verhandlungen auf der Basis eines Vergleichs Friedens einzuleiten! Er meint, das müsse geschehen, wenn die deutschen Kräfte unter Verzicht auf Entschädigungen und bei Dreingabe der Kolonien! Der Prinz sagt weiter:

„Man wirft der bayerischen Regierung vor, daß sie sich alles von Berlin gefallen lasse, und die Meinung gewinnt immer mehr Anhänger, daß, nachdem doch alles von Berlin aus geleitet werde, unsere Regierung weiter nichts sei, als ein überflüssiger und kostspieliger Ballast. In den anderen Bundesstaaten ist übrigens die antimonarchistische Stimmung monotonisch schlimmer. Durch hier nicht zu erörternde Umstände ist der Kaiser um alles Ansehen gekommen, und die Bestimmung geht soweit, daß ernsthaft denkende Leute bezweifeln, ob die Dynastie der Hohenzollern den Krieg überdauern wird.“

Bedenklich stimmte mich ein Ausspruch, den nun vor einem Jahre ein im Verkehr mit Bismarck herangereifter Staatsmann zu mir tat: „Die Wähler werden es künftig nicht mehr dulden, daß über sie durch die Ungeschicklichkeit der Regierungen so ein Unglück hereinbrüche wie der gegenwärtige Krieg, und würden sich künftig die Entscheidung über ihre Politik, wie über Krieg und Frieden selbst vorbehalten.“

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ ist durch die Denkschrift des früheren Kronprinzen völlig erschlagen. Sie meint, unter diesen Umständen wäre es in der Tat wohl am besten gewesen, damals schon dem grausamen Spiel ein Ende zu machen. Das war auch immer die Auffassung der Sozialdemokraten, nur daß uns damals die Gestaltungsformen der völksparteilichen Zeitungen wegen Landesverrats auf den Sandhaufen stellen wollten, wenn wir die Wahrheiten aussprachen, die jedem selbst Vernünftigen, der nicht unter Kriegswahn sinn lebte, selbstverständlich erschielen. Wir sind neugierig, wie sich die Reaktionäre jetzt mit dem früheren bayerischen Kronprinzen abfinden. Ist er nun auch mit dem „Dolch von hinten“ gegen die deutsche Front losgegangen?

Treue und Eifersucht bei Tieren.

Seitdem Steinhilber Forschungen den Beweis erbracht haben, daß Mutterliebe nichts anderes als eine Drüsenabsonderung ist und die Regungen der menschlichen Seele zum großen Teil auf die Funktion ihrer körperlichen Organe zurückzuführen sind; seitdem also mancherlei Gefühle und Empfindungen, die bisher mit dem Nimbus der Poesie und des Göttlichen umgeben waren, in eine sehr irdische, medizinische oder naturwissenschaftliche Sphäre hinabgedrückt sind, wird es niemanden Wunder nehmen, wenn er hört, daß auch Tiere der zartesten und leidenschaftlichsten Gattungen fähig sein können. Und daß diese Regungen sich zuweilen in vollkommener menschlicher Form äußern, haben zahlreiche Beobachtungen der Zoologen bewiesen. In einem Werk „Das Gemütsleben der Tierwelt“, das demnächst bei Carl Neuberger in Dresden erscheinen wird, bietet Th. Zell dafür eine Fülle neuen Materials. Wir entnehmen diesem Werk die folgenden interessanten Ausführungen, die dem ewig zeitgemäßen Thema „Eheliche Treue und Eifersucht“ gewidmet sind.

Außer den Tauben — sagt Zell — gehen mit Recht Störche und Schwärme als Musterbilder ehelicher Treue. Aber auch Kuckucke kommen vor, wie eine wertvolle Beobachtung des Grafen Reichenbach beweist. Ein Taubenpaar war in der Brut begriffen, und die Jungen hatten (soeben die Eierchen durchbrochen. Bekanntlich ist der Tauber alljährlich für einige Stunden seine Taube im Brüten ab, und wenn er dann wieder frei wird, fliegt er mit lautem Gieren hinaus und gibt seine Freude in Flugkünsten zu erkennen. Einst, da er sich so ergötzte, setzte sich auf den Schlegel ein zartes Täubchen, trippelte hin und her, putzte sich und ordnete hier und da ein Federchen, so daß man es wohl mit einem tofetten Fräulein vergleichen durfte. Und nun spielte sich eine seltsame Szene ab.

Der alte Tauber girt das Täubchen an, und bald wird ein stüchtiger Liebesbund geschlossen. Da fliegt plötzlich jählosch die alte Taube aus dem inneren Schlegel hervor, mit Gewalt gegen das Gassenfenster, ein Heißes, den sie bei sonstiger Gemütsruhe nie getan hätte. Mit Schnabel- und Flügelgeschlag stößt sie nicht über die Nebenbuhlerin, sondern über den ungekrems Gatten her und bearbeitet ihn, so lange ihre Kräfte ausreichen. Der Tauber ließ sich die Stüchtigung ruhig gefallen und rückte langsam bis an die Kante des Flugbrettes. Endlich, fast herabgestoßen, schwang er sich in die Luft empor, flog mit kräftigem Flügelgeschlag bis zu bedeutender Höhe, in weiter, mächtigen Bögen den Tauber durchmessend. Seine Ehehölle aber blieb ruhig sitzen mit Kopf eingezogenem Kopf — und wenn Tauben wohnen können, so wohnt sie gewiß bitterlich. Das währte sehr lange, so daß der Beobachter bereits fürchtete, die noch sehr jungen Jungen würden erstarren und zugrunde

gehen. Endlich erhob sie sich, machte kurz lehrte und trippelte in den Schlegel zu den Jungen zurück.

Nähernde Beweise ehelicher Treue geben öfters die Störche. Ein Störchmännchen suchte sein Weibchen, das wegen Verletzung eines Flügels nicht wandern konnte, drei Frühlinge nacheinander auf und blieb in den folgenden Jahren auch im Winter bei ihm.

Auch bei manchen Säugetieren ist die eheliche Treue vorhanden, wenngleich viel seltener als bei den Vögeln. Interessant ist beispielsweise, was der berühmte Schwärmer Gerard über das Verhalten des männlichen Bären in der Wildheit beobachtet hat. Nach ihm verläßt der König der Tiere in der Brutzeit seine Gattin niemals ohne die dringendste Not und zeigt ihr fortwährend die größte Liebe und Rücksicht. Geben sie zusammen auf Raub aus, so steht der Gatte zur Seite, so oft es der Gattin gefügt. Ist er in die Hürde eingekerkert, während sie sich niederlegt, so bringt er ihr das Beste, was er finden konnte, und steht ihr mit dem größten Behagen zu, während sie frisst. Erst wenn sie gesättigt ist, denkt er auch an sich.

Kinder, Antilopen, Einhufer, Elefanten leben fast alle in Polygamie und fühlen sich nur wohl, wenn sie einen recht großen Harem besitzen. Dagegen wohnen den Raubtieren eine wahrhaft rührende Zuneigung zueinander an.

Wie erklärt sich dieser merkwürdige Unterschied in dem Verhalten der Tiere? Ausschlag gibt der Grundlag, daß die Natur die Erhaltung der Art wünschet. Hiermit steht folgende Erscheinung im Einklang: Wenn die Mutter imstande ist, allein die Jungen großzuziehen, kümmert sich der Vater um die Sprößlinge nicht; wenn sie es nicht vermag, hilft der Vater ihr. Da die Jungen der Wärme und Nahrung bedürfen, so ist der Vater am wichtigsten bei Säugetieren nötig; die Mutter kann beides geben, ohne das Lager zu verlassen. Bei den Vögeln dagegen werden die Nestkinder fast immer gute Wäter sein, da ihre Jungen nicht gesüßt werden und längere Zeit brauchen, ehe sie das Nest verlassen können. Die Nestflüchter, die wie Hühner und Enten sich sofort selbst Nahrung suchen, brauchen dagegen keinen Vater, um leben zu können. Wenn also Mutterliebe eine Drüsenabsonderung ist, so muß man Vaterliebe als die nächstern Konsequenz des Grundlages der Erhaltung ansehen. Eine ebenso unpoetische wie unangenehme Auffassung.

„Die Hermannschlacht“. Auf der Naturbühne auf dem Brauhäuserberg in Potsdam brachte gestern die Gesellschaft für Vaterländische Schauspiele — Leitung: Ulrich Haupt — das Drama Heinrich v. Kleists „Die Hermannschlacht“ zur Aufführung. Der Versuch, rein künstlerisch betrachtet, war gar nicht so über gelungen; denn die Naturbühne bietet diesem Stück mit jenem vielfach wilden und kriegerischen Inhalt ungeeignete Möglichkeiten zur Entfaltung. Es kamen passende und kimmungsreiche Szenen zu Stande.

Soweit so gut. Entschiedenem Anspruch muß man jedoch erheben, wenn bei einer künstlerischen Darbietung die verschönernde Kalligraphie „Heil dir im Siegerkranz“ demokratisch zweimal gespielt wird, wie es gestern der Fall war. Will man auf dem Brauhäuserberg monarchistische Demonstrationen veranstalten, so wird man sich nicht beklagen dürfen, wenn das Publikum monoton mit Gegenemonstrationen antwortet. Die Gesellschaft möge sich also entscheiden, ob das, was sie darbietet, in Zukunft als reine künstlerische Veranstaltung oder als ein Gemisch mit realpolitischen Nebensache aufgefaßt werden soll.

Der Kartenvorverkauf für die Staatstheater. Im Berliner Publikum hat sich seit längerer Zeit über die Art und Weise, wie der Kartenvorverkauf bei den Staatstheatern, besonders für den vierten Rang, erfolgt, lebhafter Unwille entwickelt, der in vielfachen Beschwerden zum Ausdruck kam. Um hier (soviel als möglich) Abhilfe zu schaffen, hat nunmehr das Kultusministerium angeordnet, daß die bisher bestehenden Kartenzettel eine wesentliche Einschränkung erfahren und dadurch die Zahl der für den vierten Rang zum Verkauf gelangenden Karten sich nicht unerheblich erhöht.

Zunächst genügen die zum freien Verkauf gelangenden Karten auch jetzt nicht den Bedürfnissen, da ein nicht unbedeutender Teil der Plätze als Dienst- und Freipässe für das technische Personal zurückgehalten und auch einige Kartenzettel für das Personal und dessen Angehörige reserviert werden müssen. Darin wird sich eine Besserung nicht erzielen lassen. Um das vergebliche Ansehen des Publikums nach Kartenzetteln zunächst unadlig zu machen, ist angeordnet worden, daß die Zahl der zum Verkauf gelangenden Plätze im dritten und vierten Rang am Sonnabendabend durch Anschlag zur Kenntnis des Publikums gebracht wird.

Die elektrische Ernte. Neue Versuche über die Wirkung der Elektrizität auf das Wachstum des Getreides sind auf der englischen Versuchstation für Landwirtschaft zu Harpenden gemacht worden. Es zeigte sich, daß der Ertrag der mit Elektrizität behandelten Getreidearten um 21 Proz. größer war als der auf den gewöhnlichen Feldern. Man hat diejenige Stärke des Stromes ausprobiert, die für diese Zwecke am geeignetsten ist und gefunden, daß ein sehr schwacher Strom die besten Ergebnisse zeitigt. Das Getreide kann ebenso überelektrisiert und dadurch geschädigt werden, wie übermäßige Düngung die Ernte beeinträchtigt. Sodann hat man beobachtet, wie der Wechselstrom, der vorher noch nie zu solchen Experimenten verwendet worden war, wirken würde. Doch zeigte sich, daß der Gleichstrom viel bessere Ergebnisse hervorbringt.

Im allgemeinen bleibt noch ein weites Feld für die nähere Erforschung des Einflusses der Elektrizität auf die Ernte übrig, und praktische Erfolge kommen vorläufig nicht in Frage, weil die Kosten der Elektrifizierung größer sind als die dadurch erreichten Vorteile.

Eine Maffei-Beleuchtung ist dem Kuppel-Richtkabinett in der neuen Berliner Hauptbahnhof übergeben worden. Es handelt sich um eine 1000 erhellende, in Metallhülle und Koble ausgeführte Gasbeleuchtung. Die bei Maffei in der berühmten „Fabbrica del Duca di Azzozone“ hergestellten, die das Kaiser-Friedrich-Museum besitzt.

Kampf gegen die Getreidewirtschaft!

Der Vorstand der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein sandte an die zuständigen Stellen folgendes Telegramm: Der Vorstand der Landwirtschaftskammer ist davon überzeugt, daß die Getreideumlage angesichts der schlechten Ernteausichten infolge der furchtbaren Dürre in vollem Umfange nicht durchgeführt werden kann. Die Reichsgetreidestelle möge sofort zwecks Befähigung des schlechten Erntes der Getreide in Schleswig-Holstein ihre Vertreter hierher entsenden.

Sonderfrieden mit Vorbehalt.

Amerika und der Vertrag von Versailles.

Paris, 21. Juli. (F.) „Chicago Tribune“ meldet aus Washington: In den letzten Tagen fanden Besprechungen zwischen der amerikanischen Regierung und den alliierten und assoziierten Mächten bezüglich der etwaigen Einwürfe statt, welche gegen einen Sonderfrieden zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland geltend gemacht werden könnten, die sich auf die Rechte und Privilegien beziehen, die Amerika durch die wirtschaftlichen und Reparationsbestimmungen des Versailler Vertrages zugesprochen wurden. Heute stellt man sich in Amerika bereits auf den Standpunkt, daß der Versailler Vertrag mit Vorbehalt durchgeführt werden solle. In der Voraussetzung, daß die Alliierten keine Einwände erheben und keine Verwicklungen eintreten, würde sich, wie man erklärt, auch für die „Unserföhllichen“ im Senat ein Weg ergeben, den Versailler Vertrag weiter ausdehnen zu können, während diejenigen Elemente gleichfalls befriedigt sein könnten, welche für den Friedensvertrag eintreten, da von diesem etwa 80 Proz. in den neuen Friedensvertrag der Vereinigten Staaten mit Deutschland hinübergenommen würden. Sollte Deutschland die Forderung stellen, daß die Erdzierungen über die Wirtschaftsbestimmungen des Friedensvertrages wieder ausgenommen würden, so würde man, wie mitgeteilt wird, erklären, daß dieser Gegenstand abgeschlossen sei und eine weitere Erörterung desselben nicht mehr gestattet werden könne. Da es wegen verschiedener Fragen, die gegenwärtig in Europa in der Schwebe sind, notwendig sei, diese Angelegenheit raschstens zu erledigen, nimmt man in Amerika allgemein an, daß ein Sonderfrieden mit Deutschland bereits mehr oder weniger beschlossene Sache sei. Die endgültige Entscheidung darüber liegt allerdings in der Zustimmung der Alliierten, daß die Rechte und Privilegien, die Amerika durch den Versailler Vertrag erwarb, auch bei Abschluß eines Sonderfriedens mit Deutschland vollständig haben.

Da Frankreich erklärt man, daß die moralische Einwirkung einer Unterzeichnung des Versailler Vertrages durch die Vereinigten Staaten mit Vorbehalt Deutschland davon überzeugen würde, daß die Alliierten, die im Kriege einig gewesen seien, diese Einigkeit auch jetzt noch festsetzen. Man nimmt in Washington an, daß die alliierten Staaten der Absicht der Vereinigten Staaten, einen Sonderfrieden mit Deutschland in der vorgeschlagenen Form zu schließen, zustimmen würden.

Das Recht der Kriegsofiser.

Wien, 21. Juli. (E.B.) In einer von der Landesorganisation der Kriegsofiser und Kriegshinterbliebenen einberufenen Versammlung, in der die noch in Wien anwesenden ausländischen Frauen des Kongresses der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit erschienen waren, wurden drei Entschlüsse angenommen, in denen die Notwendigkeit, den Kriegsofiser durch gemeinsame wirtschaftliche Unternehmungen Arbeit und Nahrung zu verschaffen, betont und ein leidenschaftliches Bekenntnis für Frieden und Völkerverständigung abgelegt, sowie das Einverständnis mit den Grundföhlen der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit erklärt wird.

Schließlich wurde noch eine in französischer Sprache abgefaßte Entschlüsse angenommen, in der die Solidarität der Völler ausgedrückt und jeder Krieg entschieden verurteilt wird.

Die kleine Entente.

Wien, 21. Juli. (E.B.) Der Bündnisvertrag mit Jugoslawien und Rumänien wird jetzt veröffentlicht. Er enthält in Artikel 1 die Verpflichtung zur gegenseitigen Hilfeleistung im Falle eines nicht provozierten Angriffs von Ungarn oder Bulgarien, der die Befreiung der Friedensverträge von Trianon und Neuilly zum Zwecke hätte. Zur Ausführung dieses Einverständnisses ist in Artikel 2 eine Militärkonvention zwischen den beiden Staaten vorgesehen. In Artikel 3 verpflichten sich die beiden Vertragsparteien, ohne vorheriges Einverständnis kein Bündnis mit einer dritten Macht zu schließen. Artikel 4 besagt, daß die beiden Staaten in der Behandlung außenpolitischer Fragen gegenüber Ungarn und Bulgarien gemeinsam vorgehen wollen. In Artikel 5 wird die Gültigkeit des Vertrages auf zwei Jahre festgesetzt, nach deren Ablauf noch eine sechsmonatige Kündigungsfrist läuft. Artikel 6 und 7 enthalten die formalen Bestimmungen über die Mitteilung des Vertrages an den Völkerverbund und die Ratifikation. Dieser Vertrag kann im allgemeinen als Statut der „kleinen Entente“ überhaupt bezeichnet werden, da er gleichzeitig auch zwischen der Tschechoslowakei und Rumänien und zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien abgeschlossen wurde.

Billiges Fleisch in Prag!

Aus Prag wird gemeldet, daß in der nächsten Woche in Prag und den großen Industriezentren tschechische Fleischhauereien errichtet werden, in denen Rindfleisch zu 6 bis 8 Kronen das Kilo (das sich jetzt 6 bis 8 deutsche Mark) verkauft werden soll.

Was sagt unser Herr Reichsernährungsminister Hermes dazu?

Die Sowjetregierung verlangt in einer Note an Deutschland die Aufhebung der Kanäle des Obersten Freiberg und seine mit seines Schiffen Sparowitsch Strafverfolgung, weil sie für die Krone des Generals Semanoff in Sibirien Unternehmungen vornehmen. Eine Duldung der Verletzung auf deutschem Boden sei mit dem Artikel I des deutsch-russischen Abkommens nicht vereinbar, auch widerspreche die Tätigkeit der Genannten den deutschen Gesetzen.

Die jugoslawisch-italienischen Verhandlungen wurden wegen der großen Differenzen in der Stellung beider Parteien abermals abgebrochen. Die italienische Regierung macht die Klärung der dritten balkanischen Zone davon abhängig, daß die Stadt Sebenico mit einer Umgebung von 700 Quadratkilometer sowie die Eisenbahnverbindung mit Rim Zollfreiheit erhalte. Die Beziehungen zwischen Italien und Jugoslawien haben sich merklich verbessert. — Augenscheinlich macht sich hier der neue außenpolitische Kurs der italienischen Regierung geltend. Das Kabinett Giolitti war den Nationalisten bekanntlich zu „schupp“, weil es mit Jugoslawien in Frieden lebte und nicht nach immer neuen Irrerrenten Ausschau hielt.

Demokratenblock in Italien. Italienische Wölder meiden die erste Bildung eines parlamentarischen Blocks der Demokraten, dem die beiden demokratischen Fraktionen angehören.

Groß-Berlin

Unsere lieben Hunde.

Hunde sind die treuen und unantöhrlichen Helfer zwischen Menschen und Tieren. Ob einer die Tiere lieb hat und mit ihnen umzugehen versteht, zeigt sich am ersten in seinem Verhalten zu den Hunden. Und umgekehrt, ob die Tierwelt Vertrauen zu den Menschen hat, bezeugt sie durch ihren Anwalt, den Hund. Wenn der Hund nicht liebt, vor dem soll man sich, wenn das Sprichwort Geltung haben darf, in Acht nehmen.

Hunde sind treue Tiere, wahrhaftig. Sie haben auch noch viele andere Eigenschaften, um derenwillen wir sie lieben. Aber eine Eigenheit haben sie, die ihnen unsere Feindschaft einbringen könnte, wenn man sie nicht zu lieb hätte. Da man sie aber nun liebt und schützt, so soll man doch auch alles tun, um zu verhindern, daß irgendwo auch nur der Gedanke an Feindschaft aufkommt. Denn, ist er eines Tages da, so wird er größer und wächst. Und wer will dafür einstehen, daß nicht einmal doch eine allgemeine grausliche Hunde-Vertölmung einbricht.

Das, worum es sich hier handelt, ist so allgemein bekannt, daß wir es nicht näher bezeichnen wollen. Wir wissen schon, daß die Tiere in groß und klein in ihrer hundlichen Einsamkeit meinen, sie tragen zur Verschönerung der Straßen bei, wenn sie dies und das tun. Wenn man nun in aller einem angeborenen Freudigkeit und Menschen- und Tierliebe einen Spaziergang durch die freundlichen Straßen unserer Stadt macht und in jeder Straße diese hund- und ründlichen Verzögerungen hundertweise sieht, viel mehr als Zigarrenkummel, dann wird einem gar nicht hundefreundlich zu Mute.

Und wenn man so zufällig einen Vierbeiner die Straße in dieser Weise „verzieren“ sieht, dieselbe Straße, für deren Reinhaltung man schwere Steuern bezahlen muß, dann ist schon manch friedfertiger Mensch auf den Gedanken gekommen, dem „Diest eins auszuwichsen“. Und wenn dem Gedanken die Tat folgt, welcher Hundebesitzer will einem das verüben? („Er soll es doch mal riskieren“, sagt an dieser Stelle der Besitzer des treuen Tieres.) Denn es gibt doch allerlei stille Winkler, und vor allen Dingen den Kinnstein. Man kennt doch auch das herrliche Dichtwort: „Dem Hunde, wenn er wohl erzogen, ist selbst ein weiser Mann gewesen.“ Auf die Wahl-erzogenheit kommt es also an: die aber lernt das Tier von selber nicht. Der Mensch muß sie ihm von Jugend an beibringen.

Und weiter: Was soll der Kaufmann oder der Obsthändler tun, wenn er seine Ware recht schön und lockend an der Babenstür aber gar vor dem Laden aufgebaut hat, ein Kunde nebst seinem geduldeten Hund erscheint und der letztere, während „herrchen“ oder „Frauchen“ einkauft, in sehr großzügiger Weise ein Bein hebt...? Was soll der Kaufmann tun? Gesundheitspolizeilich ist er verpflichtet, auf Sauberkeit und Reinlichkeit der von ihm verkauften Ware zu sehen. Er möchte also Hund nebst Herrchen resp. Frauchen energisch zurechtweisen. Aber das tut er nicht, weil er seinen Kunden nicht loswerden will.

Darum, verehrte, liebe und treue Mitbürger und Hundebesitzer, wolle die Gebote der öffentlichen Reinlichkeit und Sauberkeit hierfür durch eure Hündlein mehr als bisher beobachten lassen. Denkt daran, daß der Kinnstein eine nützliche und brauchbare Einrichtung für die Hunde ist.

Der verpfändete Säugling.

Ein Kinderdiebstahl mit humoristischem Ausgang hat sich am gestrigen Mittwoch in Moabit zugetragen. Die achtjährige Tochter eines in der Turmstraße wohnenden Friseurs fuhr gestern ihre elf Wochen alte Bröderchen in einem Kinderwagen spazieren. Pöhllich traten zwei Damen, die dem Kinde schon längere Zeit gefolgt waren, an die Kleine heran und überredeten sie, ihnen zu folgen, da sie dem Baby eine Suppe schenken wollten. In Charlottenburg blieben die beiden Damen vor einem Haus stehen, die eine blieb beim Kinderwagen, die andere führte das Mädchen in den Hausflur und ließ es dort warten. Als ihre Begleiterin nach geruemer Zeit nicht wiederkehrte, beachte sich die Kleine wieder auf die Straße und sah dort zu ihrem Schrecken, daß der Kinderwagen mit ihrem Bröderchen verschwunden war. Während eilte das Kind zu seinen Eltern, die sofort die Kriminalpolizei benachrichtigten. Die sofort angestellten Ermittlungen blieben zunächst erfolglos, bis aus Charlottenburg die Nachricht eintraf, daß in einem Konfitürengeschäft in der Wilmersdorferstraße ein Kind nebst Kinderwagen abgehoben worden sei. Die Eltern eilten dort hin, fanden ihr Schindchen auch tatsächlich vor, erfuhrn jedoch zu ihrem nicht geringen Staunen, daß das unschuldige Wurm das Pfand für eine Summe von 30 M. darstellte, die sich eine unbekanntes Dame unter Zurücklassung des Kindes von der Inhaberin des Konfitürengeschäfts geliehen hatte. Die glückliche Mutter war unter diesen Umständen natürlich gern bereit, ihr verpfändetes Kind für 30 M. wieder auszulösen.

Was man nicht nach Amerika schicken darf.

Die Einfuhr nach den Vereinigten Staaten unterliegt so manchen und verwickelten Beschränkungen, daß wir einer neuen amtlichen Zusammenstellung für Postpakete nur das Wichtigste entnehmen können. Verboten sind u. a. Beruffenshungen, die gegen die Befehle über Hierarchisches Eigentumsrecht der Vereinigten Staaten verstoßen; Batterien, Batteriangaben und -ründschreiben, Anpreisungen für herausgehende Getränke, Opium außer zu Heilzwecken, berauschende Flüssigkeiten, Spirituosen, Weine, gemulzte und gegorene Stoffe, Farben und Chemikalien von Kohlenstörpräparaten ohne Erlaubnis in Washington; tote Tiere, Reiherrbüchse, Reiherrfedern, Federn und Federpulver zum Schreiben, Gefieder von Raubvögeln, leicht verderbliche Früchte und Gemüse; überlebende Sachen, z. B. Käse; Gegenstände, die von Befugnissen herabgestellt sind; unsittliche Gegenstände und Druckwerke; Karaffen aus Deutschland, Österreich und Ungarn; rahe Baumwolle und Federn. Tabak, Zigarren und Zigaretten dürfen nur in bestimmten Mengen und Pöckchen eingeführt werden. Für Pflanzensendungen bestehen besonders eingehende Vorschriften, ebenso für die Verpackung von Bienen und anderen Insekten. Pakete an verschiedene Personen dürfen nicht zu einer Sendung an einen Empfänger vereinigt werden.

Knäuelberak eines Studenten.

Ein schwerer Knäuelberak hat sich gestern nachmittag in dem Hause am Planufer 1 abgepielt. Die Familie der Hauselgentömerin Witwe Schinn steht schon seit vielen Jahren in freundschaftlichem Verkehr mit der Familie des Rektors Krüger aus der Berliner Straße zu Charlottenburg. Gestern vormittag erhielt die Witwe Schinn, eine Frau von 62 Jahren, den Besuch eines Sohnes des Rektors. Da gerade auch der Schwiegersohn der Witwe Schinn anwesend war, so lud die Frau den jungen Studenten ein, mit ihnen zu Mittag zu essen. Das tat dieser auch und brachte noch Tisch den Schwiegersohn der Hauselgentömerin zur Bahn. Er selbst lehrte dann wieder um und suchte nochmals die Wohnung der Frau Schinn auf. Da er die Frau jetzt allein antraf, forderte er von ihr 1100 M. bares Geld. Als die Frau ihm erklärte, daß sie soviel gar nicht bei sich habe, fiel der Student plötzlich über sie her, warf sie zu Boden, würgte sie und verlor sie mit einem Hammer ziemlich schwer. Nunmehr händigte ihm die Frau 100 M. aus. Er ließ dann von ihr ab und ergriß die Flucht. Bisher gelang es noch nicht, des Tächtigen habhaft zu werden.

Feuer in der „Panne“.

In der Nähe des Bahnhofs Schindbrunnen befindet sich ein von den Bewohnern der dortigen Gegend gern besuchter Rummelpfad, die „Panne“ genannt. Gestern sollte dort ein großer Ball stattfinden, zu dem wieder sehr viele Männer, Frauen und junge Leute der Umgegend gekommen waren. Mitten in das Tanzen hinein erscholl der alarmierende Ruf „Feuer!“ Es entstand eine gewaltige Unruhe. Alles drängte zu den Ausgängen und stürzte ins Freie. Ein dicht neben dem Tanzsaal gelegener Ziegenstall war in Brand geraten, und das Feuer griff so schnell um sich, daß es auch das Dach des Tanzsaales erfasste. Rauch und Flammen schlugen in den Saal hinein, so daß der Raum zur Hälfte ausbrannte. Die Feuerwehre konnte jedoch das Feuer bald löschen. Bei der Flucht aus dem Saal hatten die Gäste ihre gesamte Garderobe im Stich lassen müssen, und es entstand ein großes Wehklagen, besonders bei den Frauen. Der Umficht des Garderobenwärtlers jedoch war es gelungen, die Garderobe in Sicherheit zu bringen. Als sich die allgemeine Beunruhigung gelegt hatte, konnten die Garderobenwärtler geordnet werden, und jeder bekam das Seine. Außer dem Materialverlust ist noch der Verlust einiger Hühner sowie einer Ziege zu beklagen.

Rum Feuer im Erdmannshof.

Trotzdem die Tisch- und Ausräumungsarbeiten im Erdmannshof über 40 Stunden im Gange sind, ist die Gefahr noch keineswegs aufgehoben. Immer wieder geraten herabgeworfene Brandstücke aufs neue in Flammen. Eine Raschierfirma erleidet 500 000 M. Schaden an durch das Feuer unbrauchbar gewordenen Maschinen, die nicht versichert waren. Abwehlungen haben gleichfalls sehr gelitten. Die Vorstellungen des Lusttheaters erleiden keine Störung.

Die seit Wochen dauernde dürre Hitze hat alle Gegenstände derart ausgetrocknet, daß im Umsehen Brände entstehen. So werden kleinere Brände fast täglich gemeldet. Ein größerer Dachstuhlbrand vernichtete in der Remeler Str. 43 das Dachgeschöf.

Kaufmanns- und Gewerbegerichte Groß-Berlins.

Die Frage der Berliner Kaufmanns- und Gewerbegerichte beschäftigt zurzeit die Öffentlichkeit in hohem Maße. Wie den WRT von dererischen Seite mitgeteilt wird, ist aber die Befürchtung, daß mit einer zweimonatigen Pause in der Rechtsprechung dieser Gerichte gerechnet werden müsse, nicht begründet. Die Verhältnisse liegen vielmehr folgendermaßen: Es ist richtig, daß die Kaufmanns- und Gewerbegerichte der bisherigen Einzelgemeinden von Groß-Berlin mit dem Ablauf des 30. Juni 1921 außer Tätigkeit getreten sind. Richtig ist auch, daß das neue Gewerbegericht und das neue Kaufmannsgericht nicht in vollem Umfange erst Ende August d. J. werden in Tätigkeit treten können, da erst dann die Beisitzerwahlen erledigt sein werden. Um aber zu vermeiden, daß auf diese Weise ein zweimonatiger Stillstand der Rechtsprechung eintritt, hat der preussische Handelsminister veranlaßt, daß gemäß § 18 des Gewerbegerichts-Gesetzes umgebung von der Stadtverordnetenversammlung eine beschränkte Zahl von Beisitzern eingewählt wird, damit die Rechtsprechung ungehindert ihren Fortgang nehmen kann. Freilich besteht augenblicklich keine Stadtverordnetenversammlung, die die Beisitzer bestellen könnte. Die Wahlen zur bisherigen Stadtverordnetenversammlung hat das Oberverwaltungsgericht für ungültig erklärt. Es wird aber bekanntlich durch Kollaterale eine Ersatzkörperchaft für die fehlenden Stadtverordneten geschaffen werden.

Gebete um S.M. Wer sich von der Reaktion auf der Kanzel überzeugen will, besuche einen Gottesdienst im Dom zu Stendal. Wie in alten Tagen wird dort um das Seelenheil des Süchtlings in Doorn gebetet. Er muß es doch wohl sehr nötig haben!

Fünf jugendliche Räuber wurden von der Kriminalpolizei gestern unschuldig gemacht. Vor einigen Tagen war der Schankwirt Lannreuther in der Schliemannstraße überfallen und ausgeplündert worden. Die Ermittlungen des Raubdezernats der Kriminalpolizei ergaben bald, daß sich um die fragliche Zeit fünf Burtschen von 18 bis 20 Jahren dort herumgedrückt hatten. Diese wurden bald ausfindig gemacht und die weiteren Feststellungen ergaben, daß sie gemeinsam den Schankwirt beraubt hätten. Wie sie ergaben, wollten sie den Mann auf dem Bürgersteig haben liegen sehen. Sie hätten sich nur daran gemacht, ihm die Brieftasche zu stehlen. Nachdem sie diese an sich genommen, seien sie nach der Doppelallee gegangen und hätten sich dort den Raub geteilt, so daß jeder von ihnen 300 bis 400 M. erhalten habe. Da der Mann aber auch schwere Verletzungen aufwies, so ist es wahrscheinlich, daß die Burtschen ihn erst niedergeschlagen und dann ausgeraubt haben.

Falsche Fünftägigkeitsheime. In letzter Zeit sind wiederholt bei Geschäftsleuten im Zentrum, aber auch in anderen Gegenden des Reiches gemacht worden, bei kleinen Einkünften falsche Fünftägigkeitsheime zu wechseln. In mehreren Fällen ist den Vertreibern dieses Manövers gegolten. Einer der Vertreter wird bestraft als etwa 1,75 Meter groß, im Alter von 20—27 Jahren stehend, hager, blaße Gesichtsfarbe, mit einem Anflug von Schnurrbart. Der Schwindler sucht mit Vorliebe Händler auf, die allein im Laden sind, und ist bisher immer erntommen, da den Ladeninhabern die Verfolgung nicht möglich war.

Die städtische Schulverwaltung in Neutölln weist für das letzte Geschäftsjahr, das seitdem seit dem Bestehen der Rinnit, ihre bisher stärkste Finanzspruchnahme auf. In Behandlung befanden sich nicht weniger als 19 257 Kinder aus Volks-, Mittel- und höheren Schulen. Damit ist die Besetzung der im Gegensatz zum ersten Betriebsjahr nahezu auf das Doppelte angewachsen. Diesen betröchtlich erhöhten Anforderungen konnte die Rinnit mit Rücksicht auf die anfangs 1920 vorgenommenen Erweiterung des Fachpersonals in vollem Umfange gerecht werden. Die Wiederherstellung gesunder Mundverhältnisse erforderte unter anderem 8206 Kronen-Einnahmen und 3386 Extrakronen (Ziehen von Zähnen und Wurzeln).

Ein sehr beachtenswertes Ergebnis hat die Oberstufen-Sammlung in Berlin gehabt. Die Ausgählung der Tausende von Sammelbüchsen, die in der Preussischen Seehandlung vorgenommen wurde, ist nunmehr beendet. Der Inhalt sämtlicher Sammelbüchsen, Opferkände usw. belief sich auf 165 144 M. Den Hauptanteil hieran haben außerdem noch die in den Berliner Schulen veranstalteten Sammlungen. Das Ergebnis ist keineswegs überraschend, wenn man in den Sammlungen beobachtet hat, wie es geradezu die elegantesten und vornehmsten Herren und Damen waren, die selbständig und oft hochbegabte an den Sammlern vorbeizogen. Die Berliner Blutkraft hat kein Herz für Oberstufen.

Im Botanischen Garten zu Dahlem wird nach ministerieller Verfügung vom 25. Juli ab am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag eine Eintrittsgeldfrei von 1 M. erhoben. In den übrigen Tagen bleibt der Zutritt frei. Der Garten ist während des Sommers fortan geöffnet von 7—7, an Sonn- und Feiertagen 10 bis 7 Uhr. Die Schauhäuser sind offen von 10—12 und 1—4 Uhr.

Das Wetter für morgen.

Wenig kühl, bei frühen nachwöchtlichen Winden und veränderlicher Bewölkung, ohne erhebliche Niederschläge.

Sport.

Großer Preis von Berlin. Im Deutschen Stadion soll am 31. Juli der „Große Preis von Berlin“ zum Austrag kommen. Da für Pöcker (auch als auch für Damer) keine 6000 Zuschauerinnen zugelassen sind, dürfte sich die Zahl der deutschen Sieger und Beirerführer an diesem Tage dort zusammenschließen.

Der Oberstuf zum Föchtelmann-Wien-Berlin, der am 24. Juli d. J. nachmittags 6,30 Uhr im Stadion vor sich gehen wird, ist erntommen. Eintrittsgeld von 1 M. erhoben und in den Sportbüchsen zu folgenden Preisverhältnissen: Regenplan 10 M., nummerierter Föchtelplan 6 M., Stöckplan 3 M., Wandelgang-Stöckplan 2 M., unnummerierter Stöckplan 1 M.

Gewerkschaftsbewegung

Moskauer Fäheretypen. Spione und Streikbrecher.

Auf dem letzten Kongress der Kommunistischen Internationale in Moskau stellte Clara Zetkin die Behauptung auf, die 50 000 Fäher, die der Internationale Gewerkschaftsbund den italienischen Arbeitern zur Bekämpfung der Reaktion übermessen habe, stammten aus der Tasche der Bourgeoisie. Diese Tatsache müsse man den Arbeitern mitteilen.

Es erübrigt sich fast, den Arbeitern zu sagen, daß Clara Zetkin hier — bewußt oder unbewußt — gelogen hat, da der Internationale Gewerkschaftsbund noch nie auch nur einen Pfennig ausgegeben oder empfangen hat, der nicht aus den Taschen der Arbeiter stammt, die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehören.

Über nebensächlich bemerkt: Wäre es nicht viel besser, wenn Clara Zetkin ihre Giftspitze auf gewisse Leute richtete, die zu ihrem eigenen Küngeleien gehören? Weist sie nicht, daß selbst in den „höchsten Kreisen“ der Dritten Internationale Leute leben, die ihre mütterliche Fürsorge sehr nötig haben? Weist Clara Zetkin es verheimlicht, den Arbeitern die Wahrheit über die Verbindungen zu sagen, die zwischen der Bourgeoisie und gewissen Arbeiterführern bestehen, so wollen wir ihr diese Arbeit abnehmen und sie der Mühe entheben, tagelang ihre stark beschäftigte Zunge noch mehr anstrengen zu müssen.

Im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale sitzt ein Mann namens Jwan Redzickoff, d. h. diesen Namen führt er aus gewissen Gründen heute nicht mehr. Er nennt sich jetzt Choblin. Der Grund zu diesem Namenwechsel ist darin zu suchen, daß der Genannte nicht mehr und nicht weniger als ein ganz berühmter Streikbrecher ist, der während des Streiks der bulgarischen Eisenbahner im Jahre 1910 eine gewichtige Rolle spielte. Zudem war er ein Schlingensiefel des Exekutivkomitees von Bulgarien, auf dessen Kosten dieser wertwürdige „Revolutionär“ in Paris studierte.

Über noch andere derartige Elemente gehören zum „Hohen Rat“ in Moskau. Wir haben schon einmal Gelegenheit genommen, mitzuteilen, daß Herr Ruzhik ein bewährter Spion von Scotland Yard während des Krieges war und daß er, trotzdem er seine Vergangenheit nicht leugnet, für wichtig gehalten wird, an der Spitze der roten Gewerkschaftsinternationale Moskaus zu stehen. Ein solches Beispiel im vorläufigen Vorstand der kommunistischen Gewerkschaftsinternationale (Arme kommunistische Arbeiter)

Wir bringen nicht nur Clara Zetkin, sondern allen Arbeitern diese revolutionären Größen nochmals in Erinnerung und könnten die Bitte der Erlöse, Streikbrecher und sonstiger „Freunde der Arbeiter“ beliebig verlängern. Wir wollen uns heute aber damit begnügen, noch festzustellen, daß selbst Herr Solowitsch, der den deutschen Arbeitern wegen seiner frechen und unverschämten Reden, die er vor ihnen gegen ihre Führer gehalten hat, erst im Jahre 1917, nach der russischen Oktoberrevolution, den Hut gesunden hat, einer Gewerkschaft beizutreten, obwohl es schon lange vorher in Russland wenn auch nur kleine und von den zaristischen Höflichkeit verfolgte Gewerkschaftsorganisationen gab. Aber da war es noch gefährlich, nicht wahr, Herr Solowitsch? Und wer ist in Gefahr jetzt? —

So sehen die „Helden“ Moskaus aus, die bei der deutschen Arbeiterbewegung um Sympathien werben und leider auch solche gewinnen konnten. Das war aber nur möglich, weil man nur ihren Worten gelauscht, nie nach ihren Taten und ihrer Vergangenheit gefragt hat. Je mehr diese bekannt werden, je geringer wird ihr Einfluß und Anhang werden. Am Sonntag und Montag werden die Anhänger der größten Gewerkschaft der Welt den Moskauer sagen, was sie von ihnen halten. In diesen Tagen werden alle Berliner Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes die Worthälften abschütten und ihre Stimme der Liste A, deren Kandidaten der Amsterdamer Internationale angehören, geben.

Aus dem Karosserie- und Wagenbau.

Zum neuen Rahmen- und Lohnabkommen hatte am Mittwoch eine Versammlung aller Vertrauensleute der Wagen- und Karosseriefabriken Stellung zu nehmen. Die hauptsächlichsten Bestimmungen sind: die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 1/2 Stunden (Sonntags 6 1/2 Stunden). Bereits bestehende Vereinbarungen über eine kürzere Arbeitszeit bleiben unberührt. Ueberstunden sind grundsätzlich zu vermeiden und nur in Notfällen zulässig. In solchen Fällen sind sie durch entsprechende Freizeit abzugelten. — Die Urlaubsdauer (die Bestimmung betrifft das Sommerhalbjahr 1922) bewegt sich je nach der Länge der Beschäftigungsdauer im Betriebe zwischen 5 und 8 Arbeitswochen. Der Stundenlohn (es handelt sich um Mindestlöhne) beträgt für gelernte Facharbeiter, welche als selbstständig arbeitende beschäftigt sind, 8 Mk. und für gelernte Facharbeiter, welche nicht als selbstständig arbeitende beschäftigt sind, 7,70 Mk. Der Stundenlohn der Hilfsarbeiter beträgt: 1. Hof- und Lagerarbeiter 5,85 Mk., 2. Arbeiter an Bohrer- und Fräsmaschinen 6,05 Mk. und 3. Maschinenarbeiter 6,20 Mk. Arbeiterinnen bekommen 5,20 Mark Stundenlohn, und der Stundenlohn der jugendlichen Arbeiter im Alter von 14 bis 18 Jahren bewegt sich zwischen 3,40 und 5,15 Mk.

Alle Akkordpreise müssen so bemessen sein, daß bei durchschnittlicher Leistung in der regelmäßigen Arbeitszeit ein Verdienst von 15 Proz. über den festgesetzten Stundenlohn erzielt werden kann. — Das Werkzeug ist vom Arbeitgeber zu liefern.

Der Vertrag tritt ab 15. Juli in Kraft und hat — mit Ausnahme des Lohnabkommens — bis zum 30. September 1922 Gültigkeit. Die im Vertrag festgesetzten Löhne haben Gültigkeit vom 15. Juli bis zum 15. Oktober 1921, mit der Maßgabe, daß die beiden

Parteien vor dem 1. Oktober 1921 zusammenzutreten, um den wertschöpfenden Verhältnissen entsprechend die Löhne für die kommenden Monate festzulegen. Die Lohnvereinbarungen sind erstmalig kündbar am 1. Oktober zum 15. Oktober 1921 und verlängern sich stillschweigend um weitere 4 Wochen, wenn sie nicht 14 Tage vor Ablauf dieser Frist gekündigt werden.

Lehmann berichtete über die Verhandlungen, die in drei Sitzungen zur Vereinbarung der Tarifvorlage führten. Daraus schloß sich eine Disziplin.

Die Versammlung der Vertrauensleute gab dann gegen drei Stimmen der Abmachung ihre Zustimmung und beschloß, sie der Vollversammlung zur Annahme zu empfehlen.

Die endgültig entscheidende Vollversammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen findet am Donnerstag, den 28. Juli, abends 6 1/2 Uhr, bei Becker in der Weberstr. 17 statt.

Zum Lohnkampf in der Zigaretten-Industrie.

Eine stark besuchte Versammlung von Arbeitern und Arbeiterinnen der Zigaretten-Industrie tagte am Mittwoch, um einen Bericht über den Stand des Lohnkampfes entgegenzunehmen. Der Referent hob hervor, daß sich die Sachlage nicht wesentlich geändert habe, es sei aber auf Freitag, den 22., eine neue Verhandlung zum Schlichtungsausschuss anberaumt worden. Ueber die weiteren Schritte habe die Vertretung der Arbeiterbewegung bereits mit den Gewerkschaftsvertretern verhandelt. Seitens der Arbeitgeber bemüht man sich, die Fabrikation dadurch aufrecht zu erhalten, daß man den Lohn teilweise in Provisionen setzt, um ihn dort zu verdienen zu lassen. Die Arbeiterschaft werde aber dafür sorgen, daß nirgends Streikarbeit geleistet werde.

Dem Bericht folgte eine umfangreiche Aussprache. Ein Antrag, nach dem die arbeitenden Kollegen und Kolleginnen verpflichtet sind, je den Verdienst eines halben Tages wöchentlich, und zwar vom Beginn des Streiks bzw. der Aussperrung ab, sowie auch den Betrag aller Ueberstunden zur Unterstützung der ausgesperrten und Streikenden abzugeben, wurde gegen nur 1 Stimme angenommen. Ferner fand ein Antrag einstimmig Annahme, der verlangt, daß jedes Geschäft um besondere Unterstützung der Branchenleitung zur Entscheidung übergeben werden soll. Am Schluß wurde nach einer Resolution zugestimmt, nach der vom Hauptverband verlangt wird, auf die Durchführung der vom A.D.B. aufgestellten 10 Punkte zu dringen.

Sieg der Gewerkschaften in Potsdam.

Bei den Wahlen zum Ausschuh der Allgemeinen Ortskrankenkasse wurden 2672 Stimmen abgegeben. Davon erhielt die Liste des Gewerkschaftsartikels 2395 Stimmen und 42 Vertreter und die gemeinsame Liste der christlichen Gewerkschaften und der Hirsch-Dunkerischen Gewerksvereine 477 und 8 Vertreter. Für die Reichsmaschinen waren alle bürgerlichen Parteien tätig, sowohl der Ausschuh für Arbeiterangelegenheiten der Deutschen Nationalen Volkspartei unter Führung des bekannten Altkämpfers Prof. Grell, wie die Demokraten unter Führung des Parteisekretärs Wiese. — Daher das lächerliche Ergebnis! Die Wahlresultate des jetzigen Vorstands, des über-deutschen „Arbeitervertreter“ (jetzigen Hallenmeisters) Pabst dürfte damit ihr Ende erreicht haben.

Die Lohnbewegung im Westen. Nach einer Meldung der II. aus Bochum hat eine Konferenz des christlichen Bergarbeiter-Gewerksvereins für den Bezirk Bochum beschlossen, die Hauptleitung zu ersuchen, Maßnahmen für eine Lohn-erhöhung als Ausgleich für die zunehmende Verteuerung der Lebensmittel und Bedarfsartikel zu treffen.

Wirtschaft

Luxussteuer oder Armensteuer?

Die Herren im Reichsfinanzministerium, die die undankbare Aufgabe haben, neue Steuerquellen aufzusuchen, sind jetzt auch auf das Webstoffgewerbe gestossen und wollen dessen Erzeugnisse teilweise mit der Luxussteuer belegen. Nun ist es richtig, daß man aus den Geweben auch Luxusstoffe machen kann; es geht aber nicht an, eine Ware deshalb der Luxussteuer zu unterwerfen, weil man durch Weiterverarbeitung derselben und in Verbindung mit anderen Waren einen Luxusgegenstand daraus herzustellen vermag.

Die Erzeugnisse des Webstoffgewerbes sind — ausgenommen etwa die mit Gold und Silber durchwirkten Brodatgewebe, die hochwertigen Gobelinewebe und allenfalls noch die hochwertigen Teppiche — heute alles Gebrauchsgüter des täglichen Bedarfs, denen zunächst niemand ansehen kann, daß sie zu Luxusware verarbeitet werden. Soweit über die Pläne des Reichsfinanzministeriums bekannt geworden ist, soll die hochwertige Webware zur Kleidung nur deshalb der Luxussteuer unterstellt werden, weil es nicht möglich ist, die reichen Damen zur Zahlung von Luxussteuer für die Luxusstoffe zu zwingen. Diese Damen kaufen nämlich jetzt ihre Toiletten nicht mehr fertig, sondern sie lassen die Zutaten, und lassen sich diese Toiletten in der eigenen Wohnung anfertigen. Dadurch umgehen sie die Luxussteuer für Luxuskleidung. Dem soll nun die Luxussteuer auf Textilgewebe einen Alibi vorsetzen. Das geschieht aber nicht! Noch wie vor ist diese Art der Kleidungsfertigung möglich, und damit die Umgehung der Luxussteuer auf fertige Luxusstoffe. Es sei denn, die Luxussteuer auf Meterware solle der Ersatz sein für die Luxussteuer auf fertige Luxus-

kleidung, die, weil man sie nicht fassen kann, zur Aufhebung kommen sollte.

Gegen die Absicht, deshalb die der Bekleidung dienende Meterware zur Luxusware zu stampeln, müßten wir uns aber dann um so entschiedener wenden. Diese Art Luxussteuer würde nämlich bewirken, daß auch die Kleidung der Armen mit der Luxussteuer belegt würde. Ist das dann der soziale Ausgleich, den man im Reichsfinanzministerium dieser Art Luxussteuer, wie sie heute im Umfahrgesetz besteht, nachrühmt? Dieser „soziale Ausgleich“ ist nichts weiter als ein Bluff.

Es ist auch ein vollkommen Trugschluß, wenn angenommen wird, daß Luxuskleidung werde nur hochwertiger Meterware genommen. Oft ist das Gegenteil der Fall; hauptsächlich dann, wenn wegen besonderen Anlasses eine Luxusstoffe die Puffstühle der Damen befriedigen soll. Man sieht dann weniger auf die gute Qualität des Stoffes, als auf die apparte Rahar. Und wenn man auf die hochwertiger Meterware die Luxussteuer legt, dann werden die Damen erst recht Stoffe unter der Luxussteuergrenze kaufen, und wir würden es erleben, daß die reichen Damen noch wie vor keinen Pfennig Luxussteuer für ihre wirkliche Luxuskleidung zahlen, während die Arbeiterin, die sich ein solides Straßenkleid aus gutem Kleiderstoff, aber ohne luxuriöse Ausschmückung anschafft, von ihren paar Mark Einkommen Luxussteuer zahlen mußte.

Zu solchen widersinnigen Wirkungen führt die heute geltende Luxussteuer schon bei einer ganzen Reihe von Waren. Arbeiter und Angestellte können sich bei den hohen Preisen nur selten ein neues Kleidungsstück kaufen. Da hochwertiger Meterware Ware guter Qualität ist, so besitzt diese eine bedeutend längere Tragfähigkeit. Belegt man diese Ware mit der hohen Luxussteuer, so frast man den Arbeiter und Angestellten, der angesichts der hohen Anfertigungskosten bei der Beschaffung von Kleidung die richtige Sparmaßnahme ist, indem er sich nur Kleidung aus solchem Stoff anschafft.

Bei der Meterware der Textilindustrie handelt es sich also um Gebrauchsgegenstände allgemeiner Art und nicht um Luxusware. In Meterware ist stets die gute Qualitätsware die relativ billigste Ware; sie hat zwar einen höheren Anschaffungspreis, hat aber auch einen viel größeren Gebrauchswert wie die billigen Gewebe. Deshalb müssen wir uns gerade im Interesse derer, die infolge ihres kleinen Einkommens recht rationell wirtschaften müssen, mit aller Entschiedenheit dagegen wenden, daß die soliden Gewebe mit der Luxussteuer belegt und somit die Ärmere Bevölkerung gezwungen sein soll, die Luxussteuer zu zahlen, oder aber den minderwertigen Schund zu kaufen. Das ist dann keine Luxussteuer mehr, sondern eine Armensteuer.

Was hier für das Webstoffgewerbe geplant ist, die Luxussteuer mit antisozialer Wirksamkeit, das haben wir leider für die Waren anderer Gewerbe schon gesehen. Die Luxussteuer im Umfahrgesetz ist viel zu breit angelegt; sie umfaßt eine Menge Gebrauchsartikel, deren Besitz kein Luxus ist, sondern ein Zeichen vorständiger, weitaussehender und richtiger sparsamer Wirtschaft.

Waren, die lebensnotwendig sind, darf man nicht deshalb zu Luxusware stampeln, weil sie aus gutem Material und solide gearbeitet sind. Das ist bei den meisten Luxuswaren im Sinne des Umfahrgesetzes der Fall.

Diese Tatsache hat aber noch eine sehr ernste volkswirtschaftliche Seite. Dadurch, daß man, wie man das jetzt auch für das Webstoffgewerbe plant, durch das Warengebiet der Industrien die Luxussteuergrenze zog, hat man diese Industrien mit ihrer Produktion in die entgegengesetzte Richtung gedrängt, die volkswirtschaftlich die gebotene ist, wenn wir vorwärts kommen wollen. Man hat sie dazu gedrängt, ihren ganzen Schaffensaufwand, um mit den Erzeugnissen unter der Luxussteuergrenze zu bleiben, anstatt sie dahin zu drängen, immer vervollkommneter, hochwertiger Waren herauszubringen. Diese hochwertigeren Waren aber werden wegen der Luxussteuer nur noch selten gekauft. Man drückt also die qualitative Leistungsfähigkeit der Industrie herunter, schädigt die Qualitätsarbeiter, die aus der Arbeit gedrängt werden, und unsere Exportindustrie für Qualitätsware geht den Krebsgang.

Rußland kauft Schiffe. Das Dampfschiff „Bram“ von 3200 T. ist für 32 000 Pfund Sterling von Norwegen an Rußland verkauft worden. Rußland hat außerdem 20 andere Fahrzeuge gekauft, die zusammen nach Archangelsk gehen sollen und von dort nach dem Jenissei, wo sie mit dort aufgestellten Exportwaren beladen werden sollen. Der Dampfer „Bram“ ist nach Göteborg abgegangen, um dort Ladung zu nehmen, die im wesentlichen aus landwirtschaftlichen Maschinen besteht. Die meisten der gekauften Fahrzeuge sind englische oder deutsche. Vom Jenissei werden die Waren auf kleineren Fahrzeugen den Fluß hinaufgeführt werden.

Der Umfang der Welttonnage. Der neuen Ausgabe von Monchs Schiffsregister zufolge beträgt die Gesamttonnage der Welt etwa 54 Millionen Tonnen und übersteigt somit den Stand von 1914 um mehr als elf Millionen Tonnen. Der Unterschied ist hauptsächlich auf die zehn Millionen Tonnen Schiffsraum zurückzuführen, den die Vereinigten Staaten unmittelbar nach dem Kriege gebaut haben. Die englische Flotte übersteigt den Stand von 1914 nur um einige hunderttausend Tonnen.

Erwacht, für den besetzt. Zell: Dr. Werner Vetter, Charlottenburg; für Waisen: Dr. H. G. Berlin. Verlag: Borntrich-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Reichs-Verlagsanstalt u. Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin, Unterstr. 7.

Perlen Juwelen
Margraf & Co.
Kanonierstrasse 9
Tentzenstrasse 14a.
Eigene Ankaufs-Abteilung

Augen jeder Art:
Rund, Flach, Quadrat u. Banden,
Gad-Stiche-Mohre, T-Träger u. U-Eisen,
Feldschmieden und Amboffe
Isotaf ab Lager lieferbar
Felix Kohls, Berlin C. 26, Birksenstr. 12,
Hörnplatz 12072, Gdr. Voltairerstraße, Reichshaus 12073.

Möbel-Angebot.
Solche Möbelwerke liefert Spezial-Ein- u. Zweifamilien-
einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen Jinsparung
bei möglicher Anzahlung und geringen monatlichen
Ratenszahlungen. O. Postlagerkarte 142, Postamt O 27.
Keine Kaffeezer, Gedächtnis-Ankauf.

Prismen-Feldstecher
besond. Zeiss u. Goerz werden
ständig angekauft
Photohaus Stockelmann
Berlin W 9, Potsdamer Str. 136

Möbel
zu bedeutend
herabgesetzten Preisen
auf Teilzahlung
Kleinste An- u. Abzahlung
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 68
5 Min. vom Alexanderplatz.
Filiale: Badstr. 47-48.
5 Min. v. Bad. Gesundbr.

Ruhebetten
200 Mk.
gute Gerüst, kein Papier.
Girndt, Neukölln.
Wassengartenstraße 2
Tel.: Reichshaus 1908.

Prozesse
Ret. Bestand, mäßige Preise, Teil-
zahlung, Eho., Alimenten-, Straf-
sachen, Steuern, Gnadengesuche
Landgerichtsrat Dr. v. Kirc h a c h, Oeselschmidt m. b. H.,
Alexanderstraße 45 (am Alexanderplatz, gegenüber
Tieta) (9-7) Glas-Erfolge! Beobachtet. Tel.: Köntest 3599

Stinnes Neu!
und seine
60000 Arbeiter
Von Kurt Heing
Eine überaus interessante Schrift, die Hugo
Stinnes Herkunft u. Aufstieg schildert, sowie
seine ganze ungeheure Macht, seine Be-
teiligungen, Einflüsse und Operationen auf
Grund eines reichen zuverlässigen Materials
kritisch aufdeckt.
Preis 2,50 Mark
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW 63, Lindenstraße 2

Technikum
Umsatzsteuer-
Nachsch. W. W. W.
Seit Oster: 7. Oktober.
Vorlesungen werden
berücksichtigt. Pro-
gramm umfasst:

Strelitz
(Mecklenburg)

Arbeitskleidung
Hosen
von 45.— bis 225.— M
Hemden, Unterhosen, Socken
Bücherkleidung
Gute Ware! Billigste Preise!
Gerh. Köhnen
Neukölln, Hermannstr. 76/77

Lombard-Haus
H. Graf, Leipzig, Str. 78 II
Hörsare Behandlung
Diskret., Reizlose
Gelenkheil-
kufe, Urren,
Brillanten,
Schmuckachen,
10-30%, unter Lidcupr.

Krause
Pianos
zur
Miete
Ansbacher Straße 1,
Ecke Karl-Marx-Str.

Korsette
aus la Stoffen und in allen Preislagen
empfiehlt
Korsett-Fabrik Richard Necke
1. Geschäft: Berlin-Karlshorst, Treckow-Allee 83
2. Geschäft: B.-Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 86
3. Geschäft: Berlin, Kommandantenstr. 23
Ecke Alte Jakobstraße 124 8z

Geschlechtsleiden
Harnröhrenleiden, frisch und speziell veraltet, Syphilis
behandelt ohne Berufsströrung
Dr. med. Dammanns Heilanstalt
Berlin M 5, Potsdamer Straße 123 B.
Sprechstunden: 9 bis 11, 3 bis 6, sonntags 10 bis 11.
Behr. Brosch. mit zahlr. Dankschr. u. Angabe bewährter Heil-
mittel ohne Quecksilber u. andere Gifte gegen M. 2.— diskret in
versch. Doppelbriefe ohne Absender. Leiden genau angeben.

Bad Salzbrunn
Sachsen
Katarrhe
Asthma * Grippe
Nieren * * * Blase
Gicht * Zucker * Steine